

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 13.09.2007**

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 105/107
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Frau Ute Haupt	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Heike Schaarschmidt (Fraktionsassistentin)	WIR.FÜR HALLE
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Frau Annerose Winter	Verw.
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw.
Frau Dorit Schmidt	Verw.
Herr Hans-Günter Schneller	Verw.
Frau Petra Schneutzer	Verw.
Herr Dr. habil. Marquardt	BG
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw.
Frau Susanne Wildner	Verw.
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw.
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e.V. Halle

Gäste:

Herr Dorn	Seniorenvertretung Halle e.V.
Herr Dr. Peter Piechotta	Liga der Freien Wohlfahrtspflege
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH
Frau Dr. Christine Radig	ARGE SGB II Halle GmbH
Herr Karsten Golnik	GB II Planen, Bauen und Straßenverkehr
Herr Christian Heine	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle
Herr Dr. Langer	Psychiatrisches Krankenhaus Halle

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Frau Sabine Wolff	Neues Forum+ Unabhängige
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE
Frau Dr. Regine Stark	WIR. FÜR HALLE
Frau Anja Hunger	SKE
Frau Katja Pähle	SKE
Frau Annerose Runde	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.7.2007
4. Vorlagen
 - 4.1. Bericht zu den Erfahrungen in der Umsetzung des Sozialgesetzbuches (SGB) II zur Grundsicherung für Arbeitssuchende
Vorlage: IV/2007/06695
 - 4.2. Bericht zur "Modifizierung der Struktur und Arbeitsweise der Leistungsbereiche der ARGE SGB II Halle GmbH zur effizienteren Bearbeitung von Kundenanliegen"
Vorlage: IV/2007/06587
 - 4.3. Bericht über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06654
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
7. Beantwortung von Anfragen
 - 7.1. Anfrage von Herrn Dr. Fiedler zur Höhe der Streichung von Fördergeldern an Vereine durch die ARGE
 - 7.2. Anfrage von Herrn Dr. Fiedler zur Kündigung des Tennisplatzes für Senioren im Südpark
 - 7.3. Anfrage von Frau Tomczik-Radji zu Einschränkungen beim Reha-Schwimmen durch die Schließung der Schwimmhalle Robert-Koch-Straße
8. Anregungen
9. Mitteilungen
 - 9.1. Informationsvorlage "PKH - Formloses Bieterverfahren - Anforderungsprofil an Erwerberkonzepte" - verschoben in den nicht öffentlichen Teil
 - 9.2. Informationsvorlage "ISEK"

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie weist darauf hin, dass Herr Dorn der neue Vorsitzende des Seniorenrates ist und begrüßt ihn herzlich als neuen ständigen Vertreter des Seniorenrates im Ausschuss.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende bittet um Verschiebung des Tagesordnungspunktes 9.1. in den nicht öffentlichen Teil des SGGA. Die Mitglieder des Ausschusses haben keine Einwände.

Des weiteren weist die Ausschussvorsitzende darauf hin, dass die Vorlagennummer IV/2007/06584, TOP 4.1., auf der Einladung falsch ist und entsprechend in IV/2007/06695 geändert wird.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.7.2007

Die Niederschrift vom 12.07.2007 wird bestätigt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Bericht zu den Erfahrungen in der Umsetzung des Sozialgesetzbuches (SGB) II zur Grundsicherung für Arbeitssuchende Vorlage: IV/2007/06584

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Tempel und Frau Dr. Radig von der ARGE SGB II Halle GmbH und bittet darum, bezüglich der Erfahrungen bei der Umsetzung des Sozialgesetzbuches II zu berichten. Sie übergibt das Wort an Frau Tempel.

Frau Tempel informiert über die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des SGB II aufgrund der bestehenden ungelösten Probleme im Personalbereich der ARGE, sowie ständig wechselnder Gesetzeslagen. Sie hebt die erfolgreiche Umsetzung der Zielvereinbarung, vor allem in den Bereichen Integration und Integration U25, hervor. Für das Jahr 2007 wurden hohe Zielstellungen gesetzt. Es wurden viele Vereinbarungen unter anderem mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und der Drogenbeauftragten der Stadt Halle (Saale) getroffen. Durch den großen Anteil an durchgeführten Qualifizierungen konnte ein Erfolg bei der Vermittlung auf dem 2. Arbeitsmarkt erzielt werden.

Bezüglich der eingereichten, zu beantwortenden Fragen, führt Frau Dr. Radig aus, dass die Antworten aus dem vorliegenden Bericht zu entnehmen sind und detailliertere Ausführungen aus datentechnischen Gründen schwer zu realisieren sind.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Fragen zum Thema.

Herr Dr. Yousif bezieht sich auf die Aussage im Bericht - Seite 5 und 6, wonach per 31.12.2006 2.352 Ausländer Leistungen zur Grundsicherung nach dem SGB II bezogen. Er möchte wissen, wie viele Leistungsempfänger speziell dieser Gruppe in welche Maßnahmen vermittelt wurden.

Frau Tempel informiert darüber, dass es viele Maßnahmen von Trägern bezüglich der Sprachförderung gibt, in welche Ausländer und Migranten vermittelt werden. Außerdem werde diese Gruppe der Leistungsempfänger ebenso in normale Maßnahmen einbezogen.

Herr Dr. Yousif fragt, warum trotz der Bewegung im Arbeitsmarkt Langzeitarbeitslose davon nicht profitieren.

Frau Tempel widerspricht dieser Einschätzung, weist aber darauf hin, dass grundsätzlich ALG I-Empfänger besser vermittelbar seien, da diese nur kurzzeitig arbeitslos und somit meist besser qualifiziert seien als ALG II-Empfänger.

Frau Schmidt informiert darüber, dass heute, am 13.09.2007 in Dresden der Sozialausschuss des Deutschen Städtetages stattfindet, an welchem Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilnimmt. Dort werde die Möglichkeit der Finanzierung der Kommunal-Kombi geprüft. Frau Schmidt regt an, die Ergebnisse des Sozialausschusses des Deutschen Städtetages im nächsten Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vorstellen zu lassen.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach, wie viel Wahrheitsgehalt in den Pressemitteilungen bezüglich der Neuen Residenz enthalten ist. Frau Tempel erläutert, dass es besonders in Bezug auf das Projekt Jahresringe viele Unstimmigkeiten betreffs der Mittelverwendung gab. Auch hätten sich Integrationserfolge nicht eingestellt. Aus diesem Grund kam es zu einer vorzeitigen Beendigung von 3 Teilprojekten. Sie weist des weiteren darauf hin, dass ein Großteil der Angaben aus der Presse nicht korrekt sei.

Frau Tomczyk-Radji möchte außerdem wissen, warum Vermittlungsgutscheine durch die ARGE SGB II Halle GmbH nicht mehr verlängert bzw. nicht mehr unbegrenzt ausgegeben werden.

Frau Tempel informiert, dass im Jahr 2005 Vermittlungsgutscheine noch unbegrenzt an jeden ausgegeben wurden, der mindestens 3 Monate arbeitslos war. Ende 2005 wurde die Ausgabe von Vermittlungsgutscheinen jedoch schon zu einer Ermessensentscheidung des persönlichen Ansprechpartners. In diesem Jahr wurden diesbezüglich ermessenslenkende Weisungen eingeführt, das heißt, es werden nur noch Vermittlungsgutscheine ausgegeben, wenn dies sinnvoll für die Integration des ALG II-Empfängers ist. So würde zum Beispiel ein erwerbsfähiger Maler, wohnhaft in Halle, mit einer pflegebedürftigen Person im Haushalt keinen Vermittlungsgutschein erhalten, wenn es in diesem Beruf keine Stellen im Wohnort oder näherer Umgebung, sondern nur bundesweit gibt.

Die Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass der vorgelegte Bericht viele Möglichkeiten bietet, das Gefüge der ARGE SGB II Halle GmbH kennen zu lernen. Sie möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht, den Bericht öffentlich zu machen und ihn evtl. Vereinen und Verbänden zur Verfügung zu stellen.

Frau Tempel informiert, dass der Bericht auf der Homepage der ARGE unter www.arge-halle.de nachzulesen sei und man außerdem einen Link diesbezüglich auf der Homepage der Stadt Halle einrichten könnte (nach Vorlage des Berichtes im Stadtrat).

Herr Godenrath fragt nach, inwieweit die Erhöhung des Regelsatzes und der damit verbundene Wegfall der einmaligen Beihilfen erfolgreich sei oder ob die Variante der Zahlung einmaliger Beihilfen doch besser gewesen sei.

Frau Dr. Radig erläutert, dass viele Faktoren bei der Bemessung des Regelsatzes nicht berücksichtigt wurden und dass es für den ALG II-Empfänger schwierig sei, von der Regelleistung Geld zurückzulegen, um hiervon dann einmalige Ausgaben (z.B. Waschmaschine) zu bezahlen. Sie weist darauf hin, dass ALG II-Empfänger in der Regel ein anderes Verhältnis zum Geld haben als Personen, die sich in Arbeit befinden und das ALG II-Empfänger Schwierigkeiten haben, die mit der

neuen Regelung verbundene Eigenverantwortung umzusetzen. Außerdem seien die Vermögensfreibeträge oft nicht ausgeschöpft, d.h. Vermögen welches in Notfällen helfen könnte, sei oft nicht vorhanden.

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob es Pläne gibt, die Grundlage für die Berechnung der Kosten der Unterkunft zu verändern.

Frau Schmidt merkt hierzu an, dass über die KdU-Richtlinie bereits in vorhergehenden Ausschüssen informiert wurde und dass, wenn eine Anpassung nötig werden sollte, diese auch vorgenommen wird.

Frau Haupt nimmt dies zur Kenntnis und wird die Angelegenheit weiter beobachten.

zu 4.2 Bericht zur "Modifizierung der Struktur und Arbeitsweise der Leistungsbereiche der ARGE SGB II Halle GmbH zur effizienteren Bearbeitung von Kundenanliegen" **Vorlage: IV/2007/06587**

Frau Tempel informiert über die geplanten Änderungen in der Struktur und Arbeitsweise der Leistungsbereiche der ARGE SGB II Halle GmbH. So wurde geprüft, inwieweit die Möglichkeit besteht, in den Leistungsteams einen persönlichen Ansprechpartner für die ALG II- Empfänger zur Verfügung zu stellen. Es wurden Markt- und Integrations-Teams den entsprechend den Postleitzahlen zugehörigen Leistungsbereichen zugeordnet. Außerdem sei geplant, jedes Leistungsteam in 3er-Gruppen aufzuteilen.

Frau Dr. Radig merkt an, dass zur Vermeidung von Widersprüchen verstärkt Augenmerk auf telefonische Kontaktaufnahme und vereinfachte Terminvereinbarung gelegt werde.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Anfragen. Es werden keine gestellt.

zu 4.3 Bericht über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale) **Vorlage: IV/2007/06654**

Herr Dr. Fischer stellt den Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale) vor. Er erläutert in dem Bericht den Umfang der Leistungen für Menschen mit Behinderungen, informiert über die Verbesserung der Barrierefreiheit in Verwaltungsgebäuden und Kultureinrichtungen der Stadt Halle, über barrierefreies Wohnen in Halle und unter anderem auch über die barrierefreie Gestaltung der Homepage www.halle.de. Des weiteren wird über die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindereinrichtungen und Schulen der Stadt Halle, sowie über die Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt berichtet. Außerdem werden die Aufgaben des Behindertenbeauftragten dargestellt und erläutert.

Frau Tomczyk-Radji fragt an, ob es bei Rollstuhlfahrern mit geringem Erwerbseinkommen Regelungen bezüglich Begrenzungen von Wohnraum gibt. Herr Dr. Fischer antwortet, dass es eine Festlegung von Person und Quadratmeter gibt, aber gerade bei Behinderten (Rollstuhlfahrern) oft Einzelfallentscheidungen diesbezüglich getroffen werden.

Herr Dr. Piechotta fragt, wie auf die zukünftige Zunahme der Behinderungen um 20 % reagiert wird. Herr Dr. Fischer erläutert, dass nicht alle Menschen mit Behinderungen Leistungen diesbezüglich in Anspruch nehmen. Im Moment sei das Angebot ausreichend, nur das Angebot an Plätzen in Behindertenwerkstätten sein unzureichend, da sich die Behinderten meist über 30 – 35 Jahre bis zu

ihrer Verrentung dort aufhalten würden. Er weist darauf hin, dass die Stadt Halle in ihrer Stadtentwicklungsplanung baulich auf die Zunahme der Menschen mit Behinderungen reagieren muss.

Die Ausschussvorsitzende fragt an, ob in der Oper Halle inzwischen Behindertenplätze vorgesehen seien. Herr Dr. Marquardt erklärt, dass in der mittelfristigen Finanzplanung diesbezüglich nichts vorgesehen ist. Ebenso wird der geplante, jedoch bisher nicht erfolgte Bau der Rampe am Verwaltungsgebäude Am Stadion 6 angesprochen. Die Ausschussvorsitzende würde es begrüßen, diese Themen nochmals in den Fraktionen zu diskutieren.

Die Ausschussvorsitzende möchte die Empfehlung im Bericht von Herrn Dr. Fischer, die Stelle des Behindertenbeauftragten mit den Aufgaben und Befugnissen in der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) zu verankern, übernehmen und plant, diesbezüglich einen Antrag zu stellen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

keine

zu 6 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Es wurde eine Anfrage von Vereinen des Hörgeschädigtenzentrums an die Fraktionen gestellt. Diese äußerten den Wunsch, diese im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss zu beantworten.

Die Ausschussvorsitzende empfiehlt, dies in die nächste Ausschusssitzung als Tagesordnungspunkt aufzunehmen, um die aktuelle Situation im Hörgeschädigtenzentrum detailliert darstellen zu können. Außerdem bittet sie Herrn Dr. Fischer um eine kurze Information zu der neuen Audiovision.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

zu 7.1 Anfrage von Herrn Dr. Fiedler zur Höhe der Streichung von Fördergeldern an Vereine durch die ARGE

Die Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Frau Tempel. Diese äußert sich verwundert über die Anfrage, da die ARGE SGB II Halle GmbH keine Fördergelder an Vereine ausgibt. Sie ergänzt, dass die Wünsche der Vereine nicht exakt berücksichtigt werden können, da das Ziel der ARGE darin besteht, ALG II- Empfänger auf Positionen zu vermitteln, die ihnen langfristig eine Perspektive bieten.

Herr Dr. Piechotta möchte wissen, wie der zahlenmäßige Stand (Soll/Ist) im Jahr 2007 bezüglich ABM, Mehraufwandsentschädigung und Entgeltvariante ist.

Folgender zahlenmäßiger Stand wird bekannt gegeben: ABM Soll 531/ Ist 562, Mehraufwandsentschädigung Soll 1635/ Ist 1064, Entgeltvariante Soll 736/ Ist 1349

zu 7.2 Anfrage von Herrn Dr. Fiedler zur Kündigung des Tennisplatzes für Senioren im Südpark

Die Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Herrn Dr. Marquardt. Dieser informiert darüber, dass der bestehende, befristete Nutzungsvertrag durch den Mieter nicht verlängert wurde. Bis 2008 bleibt der Tennisplatz jedoch erhalten.

Herr Dorn ist mit dieser Aussage nicht zufrieden, eine andere Antwort ist Herrn Dr. Marquardt leider nicht möglich.

zu 7.3 Anfrage von Frau Tomczik-Radji zu Einschränkungen beim Reha-Schwimmen durch die Schließung der Schwimmhalle Robert-Koch-Straße

Herr Dr. Marquardt erklärt, dass die Schließung der Schwimmhalle Robert-Koch-Straße voraussichtlich im Jahr 2009 erfolgen wird. Es wurde jedoch schon ein Fördermittelantrag für einen Ersatzneubau gestellt.

zu 8 Anregungen

keine

zu 9 Mitteilungen
zu 9.1 Informationsvorlage "PKH - Formloses Bieterverfahren - Anforderungsprofil an Erwerbkonzepte" (wird nachgereicht)

Wird im nicht öffentlichen Teil behandelt.

zu 9.2 Informationsvorlage "ISEK"

Herr Golnik gibt einen Überblick über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept entsprechend der Vorlage IV/2007/06567

Allgemein wird mitgeteilt, dass Herr Werner die Terminplanung für 2008 in der Oktobersitzung vorstellt.

Herr Dr. Pichotta teilt mit, dass am 17. Oktober der Tag der Armut begangen wird und aus diesem Anlass zwischen 14.00 und 17.00 Uhr eine Veranstaltung auf dem Marktplatz stattfindet.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Susann Rudloff
Protokollführerin

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende